

131 Jahre bis zum Ziel?

Lena Elsa Droese und Ivette Félix Padilla sind DGVN-Jugendbeobachterinnen bei der 69. Sitzung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) im März 2025 in New York. Im Vorfeld der Sitzung stehen für sie die Handlungsfelder Gewalt gegen Frauen, Frauen und Gesundheit sowie die Situation von Frauen in bewaffneten Konflikten im Fokus.



Lena Elsa Droese
Foto: Privat



Ivette Félix Padilla
Foto: Angelika Teudt

131 Jahre – so lange wird es laut dem Gleichstellungsindex des Weltwirtschaftsforums dauern, bis weltweit Geschlechtergleichheit erreicht sei. Selbst junge Menschen, geprägt von Pandemie, Kriegen und dem Aufstieg rechtspopulistischer Gruppen, werden das nicht mehr erleben und blicken oft mit Sorge in die Zukunft. Doch inmitten dieses Gegenwinds gibt es starke gleichstellungspolitische Fundamente, auf die wir bauen können. Ein Blick auf die Wurzeln lohnt sich, gerade wenn der Druck wächst: Vor 30 Jahren wurden die Erklärung und Aktionsplattform von Beijing ins Leben gerufen – ein Meilenstein im Kampf für Frauenrechte. Viele Ziele bleiben unerfüllt und alte Forderungen sind aktueller denn je.

Die Aktionsplattform definierte erstmals Gewalt gegen Frauen und Mädchen und forderte Prävention, Schutz und Bestrafung. Ein wichtiger Schritt, um auf diese Menschenrechtsverletzungen zu reagieren. Allerdings zeigen sich durch digitale Gewalt neue Herausforderungen: ›Cyberstalking‹, ›Doxing‹, ›Revenge Porn‹ oder ›Deep Fakes‹ treffen Frauen und Mädchen besonders hart. Die Folgen sind real. Betroffene ziehen sich aus digitalen und öffentlichen Räumen zurück, was sich beispielsweise in der aktuellen Bundestagswahl zeigte. Internationale Instrumente wie die Aktionsplattform von Beijing oder die Istanbul-Konvention liefern die Werkzeuge – was fehlt, ist der politische Wille, sie konsequent umzusetzen. Diese Entwicklungen machen deutlich: Geschlechtsspezifische Gewalt muss im analogen und digitalen Raum effektiv bekämpft werden.

Die Aktionsplattform erkannte früh die Gefahren, die Frauen durch die Kriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen drohen. Jährlich sterben weltweit rund 39 000 Frauen an unsicheren Abbrüchen. Eine erschütternde Zahl, die in Ländern mit Abtreibungsverboten besonders hoch ist.

Demgegenüber zeigt sich, dass die Sterberate in Staaten, die sie legalisiert haben, deutlich niedriger ist. Deshalb ist ihre Entkriminalisierung entscheidend, um die Selbstbestimmung von Frauen zu sichern und Menschenrechte zu schützen. Von der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (Commission on the Status of Women – CSW) braucht es eine klare globale Forderung: die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen, deren Anerkennung als grundlegende Gesundheitsversorgung sowie Aufklärungskampagnen.

Besonders Frauen sind in bewaffneten Konflikten unverhältnismäßig stark betroffen – durch direkte Gewalt, sexualisierte Übergriffe und mangelnden Schutz. Dies verdeutlicht den ganzheitlichen Ansatz der Aktionsplattform, die über gesundheitliche Aspekte hinaus auch politische und soziale Ziele verfolgt, um Frauenrechte zu stärken. Doch die Umsetzung bleibt unzureichend: Vier von zehn Personen, die infolge von Konflikten sterben, sind Frauen. Gleichzeitig stiegen UN-verifizierte Fälle sexualisierter Gewalt in Konflikten um alarmierende 50 Prozent. Diese Zahlen machen deutlich, dass entschlossenes Handeln dringend erforderlich ist. Ohne konsequente Maßnahmen bleiben die Ziele der Aktionsplattform leere Versprechen. Notwendig sind umfassende Schutzmechanismen für die Zivilbevölkerung, gezielte Hilfsprogramme für Opfer sexualisierter Gewalt und verbindliche Quoten für die Beteiligung von Frauen an Friedensverhandlungen.

Die Antwort auf diese Herausforderungen liegt in intersektionalen feministischen Strategien, die entschlossen von Regierungen und der Zivilgesellschaft umgesetzt werden. Ebenso entscheidend ist es, die Jugendbeteiligung in UN-Gremien ernst zu nehmen. Die Gleichstellung der Geschlechter ist weit mehr als eine Frage der Gerechtigkeit – sie ist wesentlich für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Die Gleichstellung der Geschlechter ist weit mehr als eine Frage der Gerechtigkeit.